

Chaos säen (I)

24.11.2017

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Vier Jahre nach dem Beginn der Maidan-Proteste schwere Vorwürfe gegen führende Aktivisten der damaligen prowestlichen Regierungsgegner laut. Demnach sind die Scharfschützen-Morde, die am 20. Februar Massaker auf dem Maidan auslösten, von der damaligen Opposition in Auftrag gegeben mit praktischer Hilfe vorbereitet worden. Dies berichten drei Georgier, die sich selbst Tatbeteiligung bezichtigen, gegenüber italienischen Medien. Ihre Aussagen bestätigen frühere, zum Teil öffentlich getätigte Geständnisse weiterer Scharfschützen. Während ukrainischen Behörden untätig bleiben, ist in dieser Woche der vierte Jahrestag des Protestbeginns in Kiew begangen worden - in einem Land, dessen Bevölkerung sich Umfrage zufolge zu mehr als drei Vierteln in Zerfall und Chaos versinken sieht. Die ukrainischen Oligarchen ist ungebrochen; die Korruption nimmt überhand. Lediglich antirussische Maßnahmen werden mit Erfolg exekutiert, darunter auch solche, die Einschränkungen der Pressefreiheit mit sich bringen.

Die Macht der Oligarchen

Vier Jahre nach dem Beginn der Maidan-Proteste am 21. November 2013 dauern die Missstände damals zu den Auslösern der Demonstrationen zählten, in der prowestlich gewendeten Ukraine - unter anderem für die ungebrochene Macht der ukrainischen Oligarchen. Bereits vor einem Jahr Experten fest, dass sich zwar Verschiebungen zwischen den unterschiedlichen Oligarchenfraktionen vollzogen hatten (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Das ändere jedoch, hieß es, nichts an sie weiterhin die Kiewer Politik in hohem Maß unter Kontrolle hätten. Aktuelle Untersuchungen bestätigen das. In den vergangenen zwei Jahrzehnten habe sich gezeigt, "dass die periodischen politischen Regimewechsel in der Ukraine nur eine begrenzte Wirkung auf das oligarchische System gehabt urteilen etwa die Autoren einer Analyse der Swedish International Development Cooperation Agency. Auch nach dem Umsturz vom Februar 2014 beherrschten Oligarchen "strategische Wirtschaftszweige kontrollierten sie - nur ein Beispiel - rund 80 Prozent des Fernsehmarkts.[2] Bei dem Brüsseler Think Tank Bruegel heißt es ebenfalls, nach dem Umsturz habe sich "nicht viel geändert"; der Einfluss mancher Oligarchen habe sich sogar noch verstärkt.[3] In der Tat lenkt seit 2014 mit Petro Poroschenko ein ganz offiziell die Geschicke des Landes - als Staatspräsident.

Korruption und Fake News

Entsprechend hält die Korruption auf hohem Niveau an. Erst kürzlich ist - beispielsweise - ein Fall geworden, bei dem der Sohn von Innenminister Arsen Awakow Rucksäcke an die Armee verkauft Sechsfache des üblichen Preises. Von einem Schaden in einer sechsstelligen Euro-Höhe war die das Nationale Antikorruptionsbüro die Wohnung des Mannes durchsuchte, schritt die dem Innenministerium unterstehende Nationalgarde ein und stoppte die Maßnahme - unter dem Vorwand, eine Bombe

für das Haus erhalten zu haben und nun die Wohnung räumen zu müssen.[4] Der Fall war im Vergleich zu anderen geringfügig. Mit scharfer Kritik meldet sich immer wieder Sergej Leschtschenko zu Wort. Er ist ein überzeugter Befürworter des Umsturzes, der von 2000 bis 2014 als investigativer Journalist für die ukrainische prowestliche Tageszeitung *Ukrainska Prawda* arbeitete, sich danach ins ukrainische Parlament wählte und dort dem Antikorruptionskomitee angehört. Im Parlament, berichtet Leschtschenko, "liegt die Luft mit Korruption in der Luft"; das werde bei Abstimmungen über den Haushalt besonders deutlich: Dabei "die Parlamentssitzungen ... bis fünf Uhr morgens, weil die korrupten Interessen aller politischen Einflusszentren befriedigt werden müssen".[5] Leschtschenko zufolge wird nicht nur die Generalstaatsanwaltschaft vom Präsidenten persönlich kontrolliert, sondern auch der Geheimdienst. "Zivilgesellschaftliche Aktivisten, unabhängige Journalisten und Oppositionspolitiker" überwachen die "Regelung von Unternehmenskonflikten" eingreift. Ergänzend ist zur Diskreditierung von Kritik an der Regierung ein Zentrum zur Produktion von fiktiven Internetnutzern und Fake-News für Informationsattacken gegen Regimegegner eingerichtet worden - "ein Zentrum zur Produktion von fiktiven Internetnutzern und Fake-News für Informationsattacken gegen Regimegegner".

Zerfall und Chaos

Oligarchenherrschaft und Korruption in der Ukraine haben unverändert desaströse soziale und wirtschaftliche Auswirkungen. Die Umfragen schlagen sich mittlerweile ganz erheblich auf die Stimmung in der ukrainischen Bevölkerung nieder. Lediglich 17 Prozent aller Ukrainer der Auffassung, im Land finde eine - wie auch immer zu definierende - "Konsolidierung" statt. 75 Prozent hingegen beschreiben die aktuelle Entwicklung als "Zerfall", während 69 Prozent die Lage schlichtweg als "Chaos" bezeichnen. 69 Prozent geben sich überzeugt, landesweite Proteste gegen die prowestliche Regierung seien ohne weiteres denkbar.[6] Die Zustimmung zur Amtsführung von Präsident Poroschenko ist dramatisch abgestürzt: Sie liegt aktuell nach verschiedenen Umfragen bei zwei bis sechs Prozent.[7]

Angriff auf die Pressefreiheit

Dabei bringt die ukrainische Regierung nicht nur mit ihrer Korruption, sondern auch mit so manchem antirussischen Exzess sogar ausländische Maidan-Sympathisanten gegen sich auf. So führte Ende Mai eine gefällte Entscheidung von Präsident Poroschenko, nicht nur russischen Fernsehsendern die Übertragung von der Ukraine zu entziehen, sondern auch populäre russische soziale Netzwerke wie VKontakte ("ihrer" und Odnoklassniki ("Klassenkameraden") sowie den E-Mail-Provider mail.ru zu sperren, zu empörenden Protesten: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte die Maßnahme als "politisch kalkulierte Attacke auf das Informationsrecht von Millionen von Ukrainern"; Reporter ohne Grenzen klagte, es handle sich um einen "nicht hinnehmbaren[n] Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit". Hat zudem vor kurzem ein neues Sprachengesetz verabschiedet, das den Gebrauch von Minderheitensprachen im Land empfindlich einschränkt. Vor allem trifft dies die russischsprachige Minderheit, die auch nach der Abspaltung der Krim und von Teilen der Ostukraine noch recht zahlreich ist. Weil die Maßnahme allerdings unter anderem auch die ungarischsprachige Minderheit in der Ukraine betrifft, hat die ungarische Regierung angekündigt, Kiews Annäherung an die EU und die NATO bis zur Ratifizierung des Gesetzes zu blockieren.

Im Auftrag prowestlicher Kräfte



Während die politischen Spitzen der prowestlich gewendeten Ukraine in dieser Woche feierlich den Jahrestag des Beginns der Maidan-Demonstrationen begangen haben, sind neue Berichte bekar

geworden, denen zufolge das Kiewer Blutbad am 20. Februar 2014, das den letzten Anstoß zur E der Proteste sowie zum Sturz der Regierung Janukowitsch gab, von Scharfschützen-Morden im Regierungsgegnern ausgelöst wurde. Einer der Scharfschützen hatte dies schon im Februar 2011 eingeräumt und damit bestätigt, was sich bereits wenige Tage nach dem Blutbad in Kiew herum hatte: Der estnische Außenminister Urmas Paet hatte gegenüber der EU-Chefaußenpolitikerin Catherine Ashton Anfang März 2014 in einem mitgeschnittenen Telefongespräch berichtet, der Verdacht in der Runde, "jemand aus der neuen Koalition" in der ukrainischen Hauptstadt könne die Scharfschützen-Auftrag gegeben haben (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Im Februar 2016 hat sich der Aktivist Iwan Bubentschik dazu bekannt, im Verlauf des Massakers ukrainische Polizisten erschossen zu haben. Bubentschik bestätigte dies in einem Film, der internationale Beachtung fand.[10]

"Wahllos schießen"

In der vergangenen Woche haben nun ein Bericht in der italienischen Tageszeitung Il Giornale und eine Reportage des TV-Senders Canale 5 weitere Details enthüllt. Darin berichten drei Georgier, an die ebenfalls als Scharfschützen eingesetzt worden zu sein - im Auftrag der damaligen Regierungsgesellschaft. Demnach sei ihnen explizit befohlen worden, sowohl auf Polizisten als auch auf Demonstranten zu schießen - um "Chaos zu säen".[11] Trifft das zu, dann bricht die offizielle, auch von Berlin vertretene Behauptung, die ukrainischen Repressionskräfte hätten das Massaker am 20. Februar gezielt geschildert zusammen. Schwer wiegt zudem, dass die drei laut Eigenaussage tatbeteiligten Georgier nicht selbst schwer belastet; ihre Aussagen begründen zudem einen gravierenden Verdacht gegen teilweise einflussreiche Politiker in der heutigen, prowestlich gewendeten Ukraine. german-foreign-policy.com berichtet in Kürze.

[1] S. dazu Zauberlehrlinge (III) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7102/>).

[2] Wojciech Konończuk, Denis Cenuşa, Kornely Kakachia: Oligarchs in Ukraine, Moldova and Georgia: obstacles to reforms. Swedish International Development Cooperation Agency 24.05.2017.

[3] Marek Dabrowski: Ukraine's oligarchs are bad for democracy and economic reform. bruegel.org 03.10.2017.

[4] Reinhard Lauterbach: Solide zerstritten. junge Welt 04.11.2017.

[5] Sergej Leschtschenko: Markenzeichen Korruption. zeit.de 05.05.2017. S. auch Das korrupte Europa (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7171/>).

[6] Umfragen zur Entwicklung der sozialen Lage und zur Proteststimmung in der Bevölkerung. In: Analysen Nr. 191, 15.11.2017.

[7] Reinhard Lauterbach: Solide zerstritten. junge Welt 04.11.2017.

[8] Zitiert nach: Steffen Halling: Kritiklos heraus aus dem Netz des Feindes? In: Ukraine-Analyse 14.06.2017. S. 2f.

[9] S. dazu Die Kiewer Eskalationsstrategie (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6565/>) und Von Račak zum Majdan (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6565/>).

[10] Katya Gorchinskaya: He Killed for the Maidan. foreignpolicy.com 26.02.2016.

[11] Gian Micalessin: La versione dei cecchini sulla strage di Kiev: "Ordini dall'opposizione". ilgior 15.11.2017.



© German News Information GmbH

info@german-foreign-policy.com (<mailto:info@german-foreign-policy.com>)

